



# **PRESSEKONFERENZ**

**„Linzer Akten-Affäre und Gemeinderats-Initiativen zu den Themen Integration, Verkehr und Sport“**

- **Vize-Bürgermeister Mag. Bernhard Baier**
- **Klubobmann Mag. Martin Hajart**

**Dienstag, 19. September 2017**

**11.00 Uhr**

**Presseclub, Saal C**

## Mäharbeiten auf Vereinssportplätzen: Hartnäckigkeit der ÖVP hat sich gelohnt – doch die mittelfristige Lösung für die Sportvereine ist nach wie vor offen

Die Hartnäckigkeit der ÖVP hat sich für die Linzer Sportvereine ausgezahlt – jetzt muss sichergestellt werden, dass die Stadt die Mäharbeiten für Vereinssportplätze dauerhaft übernimmt. *„Wir haben nicht zugelassen, dass Gras über die Sache wächst“*, kommentiert **Vize-Bürgermeister Bernhard Baier** die aktuellen Entwicklungen.

Bereits vor einem Jahr, im Herbst 2016 haben SPÖ und FPÖ das Ende der Mäharbeiten auf Vereinssportplätzen durch die Stadt Linz beschlossen. Das hatte ein riesiges Chaos und massive Verunsicherung bei den betroffenen Sportvereinen ausgelöst. Nur weil die ÖVP Linz nicht lockergelassen hat und sich voll und ganz hinter die Vereine gestellt hat, konnte heuer im März durch intensive Bemühungen (Dringlichkeitsantrag der ÖVP im März-Gemeinderat) von **Vize-Bürgermeister Bernhard Baier** die Fortführung der Mäharbeiten durch die Stadt Linz bis Ende 2017 durchgesetzt werden.

Dass die zuständige SPÖ-Sportstadträtin Karin Hörzing einlenkt und nun erkennt, dass die Stadt Linz weiterhin Mäharbeiten auf Linzer Vereinssportplätzen durchführen soll, ist für **Baier** begrüßenswert: *„Das entspricht genau unserer Intention, die wir seit Monaten immer wieder versucht haben ins Bewusstsein zu rufen. Unser Ziel war es, dass diese politische Fehlentscheidung rückgängig gemacht wird und es zu einer praktikablen Lösung für die Vereine und ihre Ehrenamtlichen kommt“*.

Zu bedenken ist, dass die genannte personelle Hilfe für die Mäharbeiten durch die „Aktion 20.000“, auf zwei Jahre befristet ist. *„Doch was passiert danach? Das Mähen der Vereinssportplätze durch die Stadt muss auch darüber hinaus gesichert bleiben“*, sorgt sich **Vize-Bürgermeister Baier** um die langfristige Zukunft der Vereine.

## ÖVP Linz bringt im Gemeinderat Forderung nach Entwicklung und Realisierung von Park & Ride-Anlagen im Ballungsraum Linz ein

Es liegt auf der Hand, dass sich mit der Sperre des Parkplatzes am Urfahrmarktgelände, die ohnehin schon angespannte Linzer Verkehrssituation mit tagtäglichem Staus weiter zuspitzen wird. Mit dem Schulbeginn hat sich zudem eine neuerliche Verschärfung der Lage zu gezeigt.

Daher wird die ÖVP in der kommenden Gemeinderatssitzung am Donnerstag einen Antrag zur Entwicklung und Realisierung von Park & Ride-Anlagen im Linzer Ballungsraum einbringen.

Laut TomTom-„Traffic-Index“ muss der Linzer Autofahrer im Durchschnitt für eine 60-minütige Fahrt zusätzlich 24 Minuten pro Tag einkalkulieren. Das entspricht bei 45 Arbeitswochen im Jahr satten 11,25 Arbeitstagen!

*„Ich bin der Ansicht, dass sich die Stadtpolitik in der Diskussion um Park and Ride offensiv einbringen muss. Die Beobachtung aus der ersten Reihe fußfrei darf nicht passieren. Hier ist mehr Engagement und Gestaltungswille notwendig. Schließlich geht es um die Arbeitskräfte für die Linzer Wirtschaft und auch um den Schutz der Linzer Wohnbevölkerung“,* erklärt **Baier**. Es solle daher das Miteinander von Stadt und Land im Vordergrund stehen.



## Pöstlingbergbahn soll im 15 Minuten-Takt fahren – prekäre Linzer Verkehrssituation bedarf Taktverdichtung

**Vize-Bürgermeister Bernhard Baier** unterstützt den Appell von Pöstlingberg-Bewohnern für eine Taktverdichtung der Bergbahn voll und ganz. *„Gerade auf Grund der schwierigen Verkehrs- und Stausituation im Linzer Stadtgebiet muss die Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel oberste Priorität haben“*, sagt **Baier**. Konkret geht es der Initiative darum, dass die Pöstlingbergbahn während der Geschäftszeiten konstant alle 15 Minuten fahren soll, auch weil die Garnituren ständig überfüllt sind. Durch ständige Fahrplanänderungen fühlen sich die Betroffenen zudem massiv vor den Kopf gestoßen. Sie brauchen Planungssicherheit im Alltag.

*„Wir stehen hinter einer Verbesserung der Fahrzeiten, sodass der Weg zur Schule und Arbeit und wieder zurück nach Hause vereinfacht wird. Familien sollen nicht ständig auf das Auto bzw Zweitauto zurückgreifen müssen. Die Fahrt mit dem Öffi in die Innenstadt muss attraktiv sein“*, tritt **Baier** für eine bestmögliche öffentliche Anbindung

dieses Stadtteils ein, um den Bedürfnissen der Bewohner gerecht zu werden. Schließlich wurde in den vergangenen Jahren viel Geld in den Ausbau der Pöstlingbergbahn gesteckt, diesen nun nicht voll „auszunutzen“, widerspreche völlig der kostspieligen Sanierung. Damit unterstützt die Linzer ÖVP in der kommenden Gemeinderatssitzung den Antrag der Grünen zu dieser Thematik.

### **Aktuelles zur Linzer Akten-Affäre:**

- **Forsterleitner verweigert persönliche Auskunft**
- **Nächster SOKO wird auf Montag verschoben**
- **Nächster Schritt der Aufklärer: Unterlagen!**

Nach langem Drängen und der Entscheidung der Aufsichtsbehörde konnte Bürgermeister Luger am 7. September in den Sonderkontrollausschuss zur Linzer Akten-Affäre geladen werden. In seinen Aussagen hat der Bürgermeister größtenteils auf die Beamtenebene verwiesen. Insbesondere die Magistratsdirektorin spielte dabei als Verbindungsglied zur Abteilung eine wesentliche Rolle. Zahlreiche Fragen blieben vom Bürgermeister leider unbeantwortet.

*„Die strafrechtliche Relevanz in dieser Causa hat die Staatsanwaltschaft zu klären, die politische Verantwortung liegt für uns jedoch klar beim Bürgermeister. Auf der Hand liegt jedenfalls, dass das politische Krisenmanagement versagt hat“*, so **Klubobmann Martin Hajart**. Denn zwischen der ersten Kontaktaufnahme der Finanzpolizei mit dem Bürgermeister und dem tatsächlichen Einsatz einer zusätzlichen Personaleinheit in der Abteilung liegt mehr als ein Jahr!

Unsere oberste Priorität ist es weiterhin, Licht ins Dunkel zu bringen. Die Brisanz wird jedenfalls anhand der Größenordnung offenkundig: über 6.400 Einstellungen soll es laut Auskunft des Kontrollamtsdirektors seit dem Jahr 2010 in der Abteilung Verwaltungsstrafen gegeben haben. Die Frage, wie viele Einstellungen davon durch Nichtbearbeiten wegen Personalmangels erfolgten bzw. welcher Schaden daraus entstanden ist, bleibt bislang unbeantwortet.

Vor diesem Hintergrund wurde für morgen, Mittwoch um 17 Uhr, ein weiterer Termin in der Causa Aktenaffäre einberufen. Jedoch hat Magistratsdirektorin Steininger abgesagt, sie entschlägt sich. Ebenfalls keine Aussage wird der geladene Vizebürgermeister und Personalreferent Forsterleitner im SOKO am Mittwoch tätigen. Er hat in einer schriftlichen Stellungnahme bekanntgegeben, „aus wichtigen terminlichen Gründen“ nicht teilnehmen zu können. Die dienstrechtlichen Angelegenheiten der Bediensteten des Magistrats würden nicht in seinen Aufgabenbereich fallen. Zudem seien für die Erstellung der Dienstpostenpläne 2015 und 2016 keine zusätzlichen Dienstposten für die Abteilung Verwaltungsstrafen beantragt worden. In seiner Funktion als Vizebürgermeister sei er nicht für die untersuchten Vorgänge im Bereich der Abteilung Verwaltungsstrafen zuständig und zuständig gewesen und er könne daher keine für den Kontrollausschuss relevanten Aussagen treffen, so Forsterleitner.

Nur der geladene Vizebürgermeister Wimmer wird, wie er bereits öffentlich bekanntgegeben hat, in der Sitzung vorsprechen. Wimmer ist konkret für die Bereiche Finanzrecht, Abgaben und Steuern sowie Parkraumbewirtschaftung zuständig. Zudem hat er ein direktes Informationsrecht in allen anderen Finanzangelegenheiten. *„Wir möchten in der Sonderkontrollausschusssitzung von Vizebürgermeister Wimmer wissen, welche Informationen er wann erhalten hat und welche Maßnahmen er danach gesetzt hat“*, erklärt **Hajart**. Schließlich habe Wimmer nachweislich gesagt, er habe sich, obwohl nicht zuständig, moralisch verpflichtet gefühlt, sich dafür einzusetzen, dass in der entsprechenden Abteilung etwas getan wird. Was wurde also von ihm wann getan und welche Folgen wurden aus seinem Handeln konkret abgeleitet?

Aufgrund der Absagen von SP-Vize Forsterleitner und der Magistratsdirektorin für den SOKO am Mittwoch ist nun geplant, die Befragung Wimmers auf kommenden Montag (25. September) zu verlegen. Dies aus Praktikabilitätsgründen im Anschluss an die reguläre Kontrollausschuss-Sitzung.

*„Niemand will – so der aktuelle Informationsstand – für dieses scheinbar grenzenlose Chaos in der Magistratsabteilung verantwortlich sein, niemand will etwas gewusst haben. Scheinbar gilt hier das Motto Reden ist Silber, Schweigen ist Gold“*, so **Hajart**, der in der Aufklärungsarbeit im Sonderkontrollausschuss Parallelen zum Swap feststellt. Auch damals seien ständig Hindernisse in den Weg gelegt worden. Die ÖVP

werde aber nicht lockerlassen und weiterhin mit Nachdruck an der Aufarbeitung der Akten-Affäre arbeiten und Missstände bzw. Fehlverhalten aufzeigen.

Der nächste Schritt, nach der Sitzung am kommenden Montag, ist für **Hajart** klar: Es müssen alle relevanten Unterlagen, (Controlling)Berichte und Stellungnahmen in der Causa auf den Tisch! *„Wenn auch noch so gemauert wird, wir werden uns nicht aufhalten lassen, Licht ins Dunkel bringen“*, ist **Hajart** zuversichtlich, was die weitere Aufklärungsarbeit betrifft.

### **Gemeinderats-Anfrage zur geplanten Islamschule in der Lunzerstraße**

Der im Mai 2017 medial öffentlich gewordene Fall einer privaten Islam-Schule am Standort Lunzerstraße in Linz gewinnt immer mehr an Brisanz. Im Fokus der Debatte steht der Verein ALIF-Austria Linz Islamische Föderation, der durch die umstrittene nationalistisch-islamische Milli Görüs Bewegung finanziert werden soll. Diesen wiederum hat auch der bayrische Verfassungsschutz am Radar.

Besonders pikant: Jenes Haus, das der Verein ALIF offenbar für konservativen Islam-Unterricht in Linz gekauft hat, wurde auf einem Grundstück der Managementservice Linz GmbH, einer Linz AG Tochter, errichtet. Die ÖVP hat bereits vor Monaten auf Missstände massiv hingewiesen. *„Den Einfluss fundamental-religiöser Kräfte aus der Türkei auf bei uns lebende Kinder und Jugendliche sehe ich sehr kritisch“*, kommentiert **Klubobmann Martin Hajart** die aktuellen Entwicklungen. *„Es muss uns ein großes Anliegen sein, dass auch Kinder mit Migrationshintergrund eine völlig unbeeinflusste, neutrale Ausbildung erhalten.“* Hier sei die öffentliche Hand gefordert, und nicht irgendwelche Strömungen aus dem Ausland. Völlig unverständlich ist für **Hajart**, dass seit drei Monaten in dieser Causa von Seiten der Stadt scheinbar nichts passiert ist. Schließlich hat Stadtrat Hein bereits im Mai öffentlich angekündigt, dass die Baubehörde zur Prüfung des ALIF-Gebäudes in der Lunzerstraße beauftragt wird. Konkret ging es darum, dass das Objekt laut Widmung nur gewerbsmäßig, nicht aber als Vereins- bzw. Bildungszentrum genutzt werden darf.

Offene Fragen, die wir dazu in der Gemeinderatssitzung am Donnerstag an den zuständigen Stadtrat Hein stellen werden:

1. Ist eine Nutzung als Bildungseinrichtung mit der bestehenden Flächenwidmung vereinbar?
2. Haben Sie als Stadtrat rechtliche Möglichkeiten, um gegen eine widmungswidrige Nutzung einzuschreiten?
  - a. Wenn ja, welche?
3. Welche Möglichkeiten hat die Baubehörde, um gegen eine widmungswidrige Nutzung einzuschreiten?
4. Wurden Ihrerseits als Stadtrat schon Schritte gesetzt, um die Rechtmäßigkeit der derzeitigen bzw. geplanten Nutzung zu überprüfen?
  - a. Falls ja: welche Schritte wurden gesetzt? Mit welchem Ergebnis?
  - b. Falls nein: warum nicht?

### **Weitere Anträge im Gemeinderat**

- **Sport zu den Kindern und Jugendlichen in die Stadtteile bringen**

Das Freizeitverhalten von Jugendlichen wird mittlerweile zu einem sehr großen Teil durch den Konsum von Medien geprägt: Smartphone, Laptop, Tablet und Fernseher sind für viele die „Haupt-Freizeitbeschäftigung“. Mangelnde Bewegung hat nicht zuletzt Auswirkungen auf die Fitness und Gesundheit. Auch das motorische Niveau der Jugendlichen sinkt leider, wie Untersuchungen von Sportwissenschaftlern ergaben: die sich dadurch ergebenden Auswirkungen auf unser Gesundheitssystem werden erst in den nächsten Jahrzehnten zu spüren sein.

Daher will die ÖVP mit (mobiler) Infrastruktur wie Multi-Sportanlagen das Problem angehen. Sowohl Fußball, Basketball oder auch Tennis können damit unkompliziert und ungebunden an Sportstätten gespielt werden. So der Appell an die zuständige SPÖ-Sportstadträtin Karin Hörzing.



- **Städtische Integrationsarbeit optimieren**

Die Stoßrichtung des ÖVP-Antrages:

- Erlernen der deutschen Sprache durch Inanspruchnahme bestehender Angebote als elementare Grundvoraussetzung für Integration
- Einschränkung (bzw. im Wiederholungsfall Einstellung) städtischer Leistungen bei Verweigerung von Integrationsmaßnahmen
- Aktives Angebot von ehrenamtlichem Engagement in Vereinen als Möglichkeit gelebter Integration



- **Lebensgefährliche Fahrrad-Situation im Hafen entschärfen**

So konkret die Pläne für die Errichtung der Bypassbrücken und vor allem die Grundstücksübertragungen sind, so wenig ist im Bereich der Anschlussstelle Süd bei der VOEST-Brücke über die optimale, ganzheitliche Einbindung der Fahrradinfrastruktur ins Linzer Radwegenetz bekannt. Um den Autoverkehr in der

Stadt reduzieren zu können, muss dem Fahrrad eine Leadership-Rolle zukommen.  
Als innerstädtisches Individualverkehrsmittel der Zukunft!

Bei der Entwicklung und Realisierung der Wohnbebauung am Winterhafen wurde die Ein- und Anbindung an das örtliche Radwegenetz zur Gänze vernachlässigt. Dieser junge Stadtteil ist de facto von der Fahrradinfrastruktur ausgeschlossen – diese Fehlentwicklung gilt es jetzt zu kompensieren und zu korrigieren. Im Hinblick auf den fortgeschrittenen Projektstand der Bypassbrücken drängt die Zeit.